

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 13.06.2023

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:14 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Vertretung für: Herrn Matthias Disterheft

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Vertretung für: Frau Heidemarie Mundlos

Herr Thorsten Köster - CDU

bis 17:04 Uhr

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

ab 16:34 Uhr

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

bis 18:03 Uhr

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 18:02 Uhr

Gäste

Frau Jutta Plinke - Bezirksbürgermeisterin StBezR 130

bis 16:35 Uhr

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Dirk Franke - RefL 0650
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Frau Amrit Bruns - StL 66.24
Frau Claudia Fricke - AbtL 66.1
Herr Dietmar Gerstenberg - stv. FBL 66
Herr Klaus Hornung - RefL 0610
Frau Carina Treutel - AbtL 10.1

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD	entschuldigt
Frau Sonja Lerche - SPD	entschuldigt
Frau Heidemarie Mundlos - CDU	entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Mathias Möller - FDP	entschuldigt
---------------------------	--------------

sachkundige Bürger

Herr Oskar Schwarz - CDU	entschuldigt
Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD	entschuldigt
Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD	entschuldigt
Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig	entschuldigt
Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig	entschuldigt

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII	entschuldigt
Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65	entschuldigt
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66	entschuldigt
Herr Timo Weichsler - RefL 0660	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.04.2023 (öffentlicher Teil)
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Fußverkehrsstrategie Projektbericht "Gut gehen lassen" 23-20943

3.2	Mobilitätsentwicklungsplan - Sachstandsbericht 2023	23-20995
3.3	3. Kompaktbericht zum Umsetzungsstand des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig"	23-21287
3.4	Bericht der Unfallkommission zu Fahrradunfällen 2022	23-20999
3.5	Ideenplattform - Veto gegen die Haltverbotsmaßnahme Am Hohen Tore in Braunschweig	23-20492
3.6	Mündliche Mitteilungen	
4	Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen nach der Straßenausbaubeitragssatzung - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung -	23-21259
5	Neubau eines Sockels für die Katzenstele	23-21300
6	Abfallentsorgungssatzung, 7. Änderung	22-20054
7	Überarbeitung der Förderrichtlinie für Lastenräder und -pedelecs	23-20867
8	Radverkehrsführung Rüninger Weg	23-21275
8.1	Radverkehrsführung Rüninger Weg	23-21275-01
8.1.1	Radverkehrsführung Rüninger Weg Änderungsantrag zur Vorlage 23-21275	23-21275-02
9	Saarbrückener Straße, Pilotprojekt: Fahrradpiktogramme zur Verdeutlichung des Mischverkehrs	23-20935
10	Eckpunktepapier zur Realisierung eines städtischen Fahrradverleihsystems	23-21321
11	Anfragen	
11.1	Ausweitung und Verdichtung der Parkzonen für E-Scooter	23-21328
11.1.1	Ausweitung und Verdichtung der Parkzonen für E-Scooter	23-21328-01
11.2	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsfrau Mundlos durch Ratsherr Bratschke und Ratsherr Disterheft durch Ratsherr Volkmann vertreten wird. Ratsherr Möller, Bürgermitglied Dr. Wendenburg, Frau Salbert und Herr Demirbas fehlen entschuldigt. Ratsfrau Arning wird von der BIBS-Fraktion künftig in diesen Ausschuss entsandt und folgt Ratsherr Dr. Piest nach, der sein Mandat als Ratsherr im Rat der Stadt Braunschweig zum 01.04.2023 niederlegt hatte.

Darüber hinaus begrüßt Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth Frau Bezirksbürgermeister Plinke (Stadtbezirksrat 130 Mitte), die an dieser Sitzung zu TOP 5 teilnimmt.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.04.2023 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 2

3. Mitteilungen

3.1. Fußverkehrsstrategie Projektbericht "Gut gehen lassen"

23-20943

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Mitteilung 23-20943.

Bürgermitglied Dr. Schröter begrüßt die Erarbeitung der Fußverkehrsstrategie. Er gibt die Anregung, das Parkverbot in dem sog. „5 Meter-Bereich“ vor Kreuzungen und Einmündungen mit einer Grenzmarkierung (Zick-Zack-Linie) zu verdeutlichen.

Hinsichtlich seiner Frage nach Erstellung eines Fußverkehrs-Bedeutungsplans für Braunschweig erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass die Kriterien im Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) Berücksichtigung finden können.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.2. Mobilitätsentwicklungsplan - Sachstandsbericht 2023

23-20995

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Mitteilung 23-20955.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. 3. Kompaktbericht zum Umsetzungsstand des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig"

23-21287

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage 23-21287 ein.

Frau Dr. Bruns erläutert kurzurück die Änderungen im Vergleich zum vorherigen Kompaktbericht.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Schroth informiert Frau Dr. Bruns, dass ein Zeitplan für die Errichtung überdachter Fahrradabstellanlagen noch nicht vorliegt.

Unter Bezugnahme auf Maßnahme 15 schildert Ratsfrau Jalyschko ihren subjektiven Eindruck einer für den Radverkehr verschlechterten Signalisierung der Querungsmöglichkeit an der Kreuzung Heinrich-Büssing-Ring/Wolfenbütteler Straße. Stadtbaurat Leuer sagt hierzu eine Überprüfung zu. Grundsätzlich stellt er klar, dass jede seitens des städtischen Dienstleisters für Verkehrsanlagen vorgesehene Veränderung an Lichtsignalanlagen mit der Stadtverwaltung abzustimmen ist. Hinsichtlich der Priorisierung sind die Verantwortlichen sensibilisiert.

Protokollnotiz: *Die Planung für die Signalisierung des Radverkehrs ist im Jahr 2017 in enger Abstimmung mit dem Radverkehrsbeauftragten erfolgt. Die Furten wurden in Fahrtrichtung mit separaten Radfahrersignalgebern vor den Konfliktpunkten ausgestattet. Bei Grün kann der Radfahrer die Furt ohne Halt in ganzer Länge queren. Vorher war der Radverkehr gemeinsam mit dem Fußverkehr signalisiert, was den Nachteil von ggf. mehreren Stopps innerhalb der Furten mit sich brachte. Die Qualität hat sich mit der separaten Radverkehrssignalisierung erheblich verbessert.*

An der südlichen Furt über die Wolfenbütteler Straße vom Bürgerpark kommend ist vor dem Gleisbereich ein Rot-Gelb Signal aufgestellt worden, dass bei Stadtbahnfahrten den Gleisbereich zusätzlich sichert. Das Signal wird i.d.R. so getaktet, dass ein ungehindertes Queren der gesamten Furt bei Grün am Bürgerpark möglich ist. In Ausnahmefällen muss dort kurz angehalten werden, bevor der Gleisbereich freigegeben wird. Danach ist eine ungehinderte Weiterfahrt über den Gleisbereich und die Fahrbahn Richtung Osten (Heinrich-Büssing-Ring) möglich. Seit 2017 läuft die Signalschaltung unverändert.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn zum Sachstand der im Umfeld des Hauptbahnhofs vorgeesehenen Fahrradabstellanlagen kündigt Frau Dr. Bruns eine Gremienmitteilung zum Sachstand „Fahrradparken am Hauptbahnhof Süd“ an. Für das im nördlichen Bereich angedachte Fahrradparkhaus wurden seitens der Verwaltung Fördermittel zur Unterstützung der Planung beantragt. Eine Entscheidung steht noch aus.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.4. Bericht der Unfallkommission zu Fahrradunfällen 2022

23-20999

Herr Mickler stellt den Bericht der Unfallkommission (UKO) Braunschweig anhand einer Präsentation vor.

Auf Nachfrage von Ratsherr Knurr erläutert Herr Mickler, dass die genannten Zahlen zur Unfallbeteiligung von Radfahrenden diese sowohl als Verursachende als auch als Geschädigte berücksichtigten.

Ratsherr Dr. Plinke regt an, weiteres Datenmaterial einzubeziehen und dazu Indikatoren wie bspw. Geschwindigkeitsübertretungen und Parkverstöße zu nutzen. Darüber hinaus bittet er, die in der Sitzung gezeigte Präsentation den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Mickler erklärt die per Erlass geregelte Arbeit der UKO, wonach Polizei, Baulastträger und Verkehrsbehörde Unfallhäufungsstellen identifizieren und ihre Arbeit hierauf konzentrieren. Hinweisen auf allgemeine Optimierungsmöglichkeiten für den Radverkehr prüft die Tiefbauverwaltung.

Protokollnotiz: *Die Präsentation wurde dem Sitzungsdokument in Allris protokollarisch angefügt: <https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/to020.asp?TOLFDNR=1073059>*

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko erklärt Herr Mickler, eine detaillierte Auswertung unter Berücksichtigung von Geschlecht und Alter der unfallbeteiligten Radfahrenden grundsätzlich erstellen zu können, sofern dies von diesem Ausschuss gewünscht wird.

Ratsfrau Kluth begrüßt die Möglichkeit weiterer Auswertungsparameter und bittet ergänzend, künftig auch den Fahrzeugtyp und S-Pedelecs zu berücksichtigen.

Ratsherr Pohler bittet um eine Aussage, ob die von diesem Ausschuss beschlossenen verkehrlichen/baulichen Maßnahmen in einem kausalen Zusammenhang mit einer identifizierten Unfallhäufungsstelle stehen.

Herr Mickler sagt hierzu eine Klärung und Aufnahme in den nächsten Bericht der UKO zu.

Verschiedene weitere Verständnisfragen werden von Herrn Mickler beantwortet.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.5. Ideenplattform - Veto gegen die Haltverbotsmaßnahme Am Hohen Tore in Braunschweig

23-20492

Ratsherr Tegethoff hinterfragt kritisch, weshalb die Verwaltung hier die Vorlagenart Mitteilung gewählt hat und kein Gremienbeschluss möglich ist.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert, dass die Beschilderung eine verkehrsbehördliche Anordnung darstellt, die die Verwaltung als Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis umsetzt. Anders als bei einer nach der Geschäftsordnung gremienpflichtigen Verkehrsplanung oder Baumaßnahme kann bei einer wie hier aus Sicherheitsgründen getroffenen verkehrsbehördlichen Anordnung eines Verkehrszeichens kein Gremienbeschluss erfolgen.

Ratsherr Tegethoff vollzieht die vorgetragene Begründung zur Beschilderung nach. Zu seinem Einwand, dass die Ideengebenden unabhängig hiervon auch den Wunsch nach einer Umgestaltung vortrugen, verweist Stadtbaudirektor Leuer auf die von der Verwaltung so aufgefasste und gegen die verkehrsbehördliche Anordnung gerichtete Idee.

Ratsherr Wirtz fragt, ob die Ideengebenden über das Ergebnis informiert werden und ob für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner der Rechtsweg gegen die verkehrsbehördliche Anordnung offensteht.

Stadtbaudirektor Leuer bestätigt, dass die Ideengebenden über die Entscheidung der Verwaltung bzw. des Gremiums informiert werden.

Gegen verkehrsbehördliche Anordnungen (Allgemeinverfügung) ist das Rechtsmittel der Klage innerhalb eines Jahres nach Aufstellung des betreffenden Verkehrszeichens gegeben. Diese Frist läuft am 22. September 2023 (Aufstellung am 23. September 2022) ab.

Zur Nachfrage von Ratsherr Pohler, ob zum Erhalt einiger Parkplätze der Radweg entfernt und der Radverkehr bspw. in Form einer Fahrradstraße auf der Fahrbahn geführt werden kann, erklärt Stadtbaudirektor Leuer, dass die Ausweisung einer Fahrradstraße die Aufhebung des bislang nicht benutzungspflichtigen Radwegs zur Folge hat. Dies erachtet er aufgrund des Linienbusverkehrs als nicht sinnvoll.

Ratsherr Wirtz macht auf die in dem betreffenden Straßenabschnitt verbauten Baumschutzbügel aufmerksam, die für ihn nahelegen, dass ein Parken vormals zumindest geduldet wurde. Zu seiner Nachfrage, ob der Bereich als Unfallschwerpunkt (Dooring-Unfälle) auffällig ist, erklärt Herr Mickler, dass sich die Unfallkommission nach seiner Kenntnis bislang nicht mit diesem Straßenzug befasst hat und insofern keine Unfallhäufungsstelle vorliegt. Stadtbaudirektor Leuer ergänzt, dass der frühere Einbau von Baumschutzbügeln die vorhandene verkehrliche Situation nicht verändert.

Ratsherr Kühn erklärt, die Entscheidung der Verwaltung zu befürworten.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.6. Mündliche Mitteilungen

Herr Franke kündigt den Ausschussmitgliedern eine Einladung zur Besichtigung der Sanierungsmaßnahme Tiefgarage Packhof an. Die Besichtigung soll Ende August 2023 gemeinsam mit den Mitgliedern des Ausschusses für Planung und Hochbau stattfinden.

- 4. Abrechnung von Straßenbaumaßnahmen nach der Straßenausbaubeitragssatzung - Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung -** 23-21259

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Vorlage 23-21259.

Auf Nachfrage von Ratsherr Volkmann erläutert Stadtbaudirektor Leuer, dass die Stadtbezirksräte bei der beitragsrechtlichen Abrechnung der erfolgten Baumaßnahmen nicht mehr beteiligt werden.

Beschluss:

„Gemäß § 3 Abs. 2 und § 9 der Straßenausbaubeitragssatzung (ABS) der Stadt Braunschweig vom 11. Mai 2010 in der derzeit geltenden Fassung wird für den Ausbau der nachfolgend unter Ziffer I aufgeführten Straßen die Aufwandsspaltung und für die unter Ziffer II aufgeführten Straßen die Abschnittsbildung und Aufwandsspaltung beschlossen.

I. Aufwandsspaltung

- 1.1 Hinter der Masch
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Hinter der Masch
- 1.2 Bergfeldstraße
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Bergfeldstraße außerhalb des Sanierungsgebietes Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet -
- 1.3 Kurzekampstraße
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Kurzekampstraße sowie des westlichen Gehweges, der Borte und der Entwässerungsgräben (jeweils Teilstreckenausbau zwischen Mittelriede und Otto-Himmel-Weg) der Verkehrsanlage Kurzekampstraße
- 1.4 Bismarckstraße
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Bismarckstraße
- 1.5 Wallstraße
Erneuerung der Fahrbahn (Teilstreckenausbau ohne Wendehammer) und des südlichen Gehweges (Teilstreckenausbau zwischen Am Wassertor und Leopoldstraße) der Verkehrsanlage Wallstraße
- 1.6 Hirtenberg
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Hirtenberg
- 1.7 Am Papenholz/Auf der Moorhütte
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Am Papenholz/Auf der Moorhütte
- 1.8 Moorhüttenweg
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Moorhüttenweg (Teilstreckenausbau zwischen Auf der Moorhütte und „Zufahrt Real-Parkplatz“)
- 1.9 Hallestraße zwischen Salzdahlumer Straße und Sachsendamm
Erneuerung des südlichen Radweges der Verkehrsanlage Hallestraße zwischen Salzdahlumer Straße und Sachsendamm

- 1.10 Berliner Straße zwischen Petzvalstraße und Hordorfer Straße (südlich der Stadtbahn-
gleise)
Erneuerung des Radweges der Verkehrsanlage Berliner Straße zwischen Petzvalstra-
ße und Hordorfer Straße (südlich der Stadtbahngleise)
- 1.11 Zum Ackerberg
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Zum Ackerberg (Teilstreckenausbau
zwischen Braunschweiger Straße und Zur Wabe)
- 1.12 St. Leonhard (östlich der Stadtbahngleise)
Erneuerung des Geh- und Radweges der Verkehrsanlage St. Leonhard (östlich der
Stadtbahngleise)

II. Aufwandsspaltung und Abschnittsbildung

- 2.1 Hamburger Straße zwischen Sackweg und Siegfriedstraße (östlich der Stadtbahnglei-
se)
Erneuerung der Fahrbahn und des Radweges der Verkehrsanlage Hamburger Straße
im Abschnitt zwischen Sackweg und Siegfriedstraße (östlich der Stadtbahngleise)
- 2.2 Pfälzerstraße/Unter den Linden/Wiesental zwischen Sandanger und Mannheimstra-
ße/Naturdenkmal
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Pfälzerstraße/Unter den Linden/Wiesen-
tal im Abschnitt zwischen Sandanger und Mannheimstraße/Naturdenkmal
- 2.3 Alte Frankfurter Straße zwischen Wurmbergstraße und Rhönweg
Erneuerung der Fahrbahn der Verkehrsanlage Alte Frankfurte Straße im Abschnitt zwi-
schen Wurmbergstraße und Rhönweg
- 2.4 Gördelingerstraße zwischen Altstadtmarkt und Lindentwete (Nördliche Grenze)
Erneuerung der Fahrbahn, des Radweges und der östlichen Parkflächen der Ver-
kehrsanlage Gördelingerstraße im Abschnitt zwischen Altstadtmarkt und Lindentwete
(Nördliche Grenze)
- 2.5 Thiedestraße zwischen Berkenbuschstraße und Rüningenstraße
Erneuerung der Fahrbahn und der Parkflächen der Verkehrsanlage Thiedestraße im
Abschnitt zwischen Berkenbuschstraße und Rüningenstraße“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. Neubau eines Sockels für die Katzenstele

23-21300

Herr Hornung erläutert die Vorlage 23-21300.

Frau Bezirksbürgermeisterin Plinke wirbt um Zustimmung zur Vorlage. Abstellmöglichkeiten
für Fahrräder sollen bedarfsgemäß ausgebaut werden, sinnvollerweise jedoch an den Ein-
gängen zur Fußgängerzone. Die Sitzgelegenheiten wurden aus ihrer Sicht durch die Aufstel-
lung des mobilen Grüns bereits aufgewertet.

Ratsfrau Kluth informiert über die von Herrn Demirbas vorgetragene Bitte, bei der Realisie-
rung des Vorhabens die Belange der Sehbehinderten durch Aufmerksamkeitsfelder und Stu-
fenmarkierungen hinreichend zu berücksichtigen.

Herr Hornung bestätigt dies.

Ratsherr Knurr bezweifelt, dass die bauliche Ausführung des Sockels ein Abstellen von Fahr-
räder verhindern wird.

Herr Hornung verweist darauf, dass Fahrräder bislang an den um die Katzenstele installier-
ten Pollern angeschlossen werden. Die hier vorgestellte Planung sieht den Entfall der Poller
vor.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke kündigt Herr Hornung die Prüfung eines taktilen Systems um den Sockel und Abstimmung mit dem Behindertenbeirat an. Er gibt aber zu berücksichtigen, dass bisher an der Stele keine taktilen Elemente vorhanden sind und auch die Fahrräder grundsätzlich ein Hindernis für Nichtsehende darstellen.

Ratsfrau Hahn kündigt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage 23-21300 an.

Beschluss:

Dem Bau eines Sockels für die Katzenstele wird - wie in den Anlagen dargestellt - zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht im Anschluss an die Abstimmung über die Vorlage 23-21300 die Sitzung von 16:35 Uhr bis 16:45 Uhr für eine Sitzungspause.

6. Abfallentsorgungssatzung, 7. Änderung

22-20054

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage 22-20054 ein.

Protokollnotiz: Ratsherr Kühn nimmt ab 16:47 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Kühn begrüßt die vorgesehenen Änderungen ausdrücklich und kündigt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zur Vorlage 22-20054 an.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte siebente Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Braunschweig (Abfallentsorgungssatzung) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Überarbeitung der Förderrichtlinie für Lastenräder und -pedelecs

23-20867

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage 23-20867 ein.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn berichtet Frau Dr. Bruns, dass der Fördertopf im vergangenen Jahr nicht ausgeschöpft wurde. Mit der nun vorgeschlagenen Antragsberechtigung für Privatpersonen erwartet die Verwaltung eine hohe Nachfrage.

Ratsherr Wirtz bezeichnet den Ausnutzungsgrad des seit 2020 laufenden Programms in Höhe von 11 Prozent als Flop. Die Ausweitung auf Privatpersonen sieht er kritisch.

Stadtbaudirektor Leuer verweist auf die bisherige Zielgruppe der Gewerbetreibenden und Dienstleister, der es nicht in jedem Fall möglich ist, Produkte mit einem Lastenrad zu transportieren. Er zeigt sich optimistisch, nunmehr einen sehr großen Kreis Nutzender anzusprechen und eine große Nachfrage zu erzielen.

Ratsfrau Kluth begrüßt für die Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN die Überarbeitung der Förderrichtlinie. Auf ihre Anregung, § 5 Abs. 4 der Förderrichtlinie zur Verdeutlichung zu streichen, wenn seitens der Verwaltung eine jährliche Antragstellung auf städtische Förderung nicht beabsichtigt ist, verweist Frau Dr. Bruns auf den hier zugrundliegenden Ansatz der ersten Förderrichtlinie. Vor dem Hintergrund der nun auf Privathaushalte erweiterten Kreis der Antragsberechtigten müsste dies spezifiziert und im Antragsverfahren online hinterlegt werden.

Protokollnotiz: Für den weiteren Gremienlauf wurde die Ergänzungsvorlage 23-20867-01 eingebbracht, die die Anregung von Ratsfrau Kluth entsprechend berücksichtigt.

Beschluss:

Die als Anlage 1) beigefügte Förderrichtlinie zur Anschaffung von Lastenrädern und sowie Fahrradanhängern wird beschlossen. Damit tritt die bisherige Richtlinie außer Kraft.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Radverkehrsführung Rüninger Weg	23-21275
8.1. Radverkehrsführung Rüninger Weg	23-21275-01
8.1.1. Radverkehrsführung Rüninger Weg Änderungsantrag zur Vorlage 23-21275	23-21275-02

Ratsfrau Kluth weist darauf hin, dass neben der Vorlage 23-21275 die Ergänzungsvorlage 23-21275-01 sowie der Änderungsantrag 23-21275-02 vorliegen.

Stadtbaudirektor Leuer erläutert die Ergänzungsvorlage 23-21275-01.

Ratsherr Pohler bringt den Änderungsantrag 23-21275-02 ein und erläutert diesen.

Protokollnotiz: Ratsherr Köster verlässt um 17:04 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Dr. Plinke unterstützt die im Änderungsantrag 23-21275-02 vorgesehene Bürgerbeteiligung. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die von der Verwaltung geplanten Parkflächenmarkierungen der Sicherheit für den Radverkehr abträglich sind, die Verkehrssituation unübersichtlicher und damit unfallträchtiger gestalten und verweist hierzu auf vergleichbare Erfahrungen am Brodweg. Ein zwingendes Erfordernis von Parkflächen liegt aus seiner Sicht zudem nicht vor. Er bittet die Verwaltung um Aufnahme der folgenden Protokollnotiz:

Protokollnotiz der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

„Zur Weiterentwicklung der Beschlussvorlage und als Gesprächsgrundlage für die vom Stadtbezirksrat und vom AMTA gewünschte Bürgerbeteiligung regen wir an:

1. Verzicht auf die vorgesehenen Markierungen von Parkständen, stattdessen Parkverbot für den Abschnitt zwischen den Einmündungen Siedlerstr. bis Am Zoo auf der östlichen Fahrbahn. (vgl. Stellungnahme des ADFC vom 8.6.2023). Begründung: Parkende Kfz würden das Nebeneinander von Radverkehr und Kfz-Verkehr auf der Fahrbahn eher gefährden als erleichtern. Aktuell ist dies auf dem wieder geöffneten Brodweg zu beobachten: Dort wurden vor der Baumaßnahme zunächst Markierungen angebracht und später weitgehend wieder entfernt. Wo sie noch vorhanden sind, können sich Radfahrende und Kfz nicht gefahrlos begegnen. Auf dem Rüninger Weg besteht auch kein Bedarf für Parkraum für Anwohnende, weil fast alle Grundstücke eigene Stellplätze für Kfz haben.
2. Fahrrad-Piktogramme ähnlich wie für die Saarbrückener Str. (DS 23-20935) geplant in beiden Richtungen
3. Ergänzung der Beschilderung: „Radverkehr auch auf der Fahrbahn“ durch Text „Beim Überholen Abstand 1,50 m einhalten!“ oder geeignete Grafik
4. Der bauliche vorhandene nicht benutzungspflichtige Radweg neben dem Gehweg sollte zunächst bleiben, ggf. könnte der Fußweg deutlicher abmarkiert werden.
5. Prüfung, ob streckenbezogenes Tempo 30 angeordnet werden kann – mögliche Begründungen: schlecht einsehbare Einmündungen (z.B. Am Quälenberg), Nähe zur Schule Siekgraben
6. Prüfung und Kostenschätzung für eine zukunftsfähige bauliche Lösung – dies könnte ein Zweirichtungs-Radweg auf der Westseite und der Rückbau des Radweges auf der Ostseite sein, so dass Fußverkehr, Radverkehr und Kfz-Verkehr klar getrennt sind (vgl. Stellungnahme der Initiative Fahrradstadt vom 7.6.2023). Eine solche bauliche Lösung könnte mittelfristig auch Teil des geplanten Radschnellweges Braunschweig – Wolfenbüttel sein und wäre wahrscheinlich förderfähig.“

Ratsfrau Hahn erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zum Änderungsantrag 23-21275-02.

Ratsherr Tegethoff erklärt für die Gruppe Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und Die PARTEI die Zustimmung zum Änderungsantrag 23-21275-02.

Stadtbaudirektor Leuer verdeutlicht, dass die im Änderungsantrag 23-21275-02 vorgesehene und mit einem größeren Aufwand verbundene Vorgehensweise bei vergleichsweise kleinen Maßnahmen zu einem Hemmnis bei der Umsetzung künftiger Maßnahmen führt.

Aus Sicht von Ratsherr Pohler ist die Durchführung eines Ortstermins mit den Anwohnerinnen und Anwohnern, den Mobilitätsverbänden sowie Vertreterinnen und Vertretern der Stadtbezirksratsfraktionen nicht mit einer Verzögerung des Prozesses verbunden.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Schroth erläutert Herr Mickler, dass Am Siekgraben ein Unfallschwerpunkt (mit anderen Ursachen) besteht. Im Verlauf des Rünninger Weg sind hingegen keine Unfälle bekannt. Ursächlich für das Aufgreifen der Thematik waren nach Aussage von Stadtbaudirektor Leuer Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern.

Bürgermitglied Schroth begrüßt, dass die Verwaltung die Thematik aufgegriffen hat. Sie erachtet es als ratsam, zum Austausch der unterschiedlichen einen Ortstermin durchzuführen.

Ratsherr Kühn regt zur Verdeutlichung der Zielrichtung des Änderungsantrags 23-21275-02 an, die Niedrigschwelligkeit der Bürgerbeteiligung durch den Zusatz „in Form eines Ortstermins“ im Beschlusstext zu konkretisieren und kein aufwändiges Beteiligungsverfahren vorzusehen.

Ratsfrau Kluth regt die Beteiligung des Stadtbezirksrat 211 Braunschweig-Süd an.

Ratsherr Pohler zeigt sich mit der Übernahme der Änderungen einverstanden. Die ursprünglich im Änderungsantrag 23-21275-02 vorgesehene Beteiligung der Wissenschaft wird als entbehrlich angesehen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Änderungsantrag 23-21275-02 in der geänderten Fassung zur Abstimmung.

Beschluss (geändert):

Die Verwaltung wird beauftragt, vor Umsetzung der Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit am Rünninger Weg eine Bürgerbeteiligung (**Informationsveranstaltung als Ortstermin**) unter Einbeziehung von Anwohnern, Verbänden und **Wissenschaft-Stadtbezirksrat 211** durchzuführen. Über die Ergebnisse sind der Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben aber auch der örtlich zuständige Bezirksrat 211 (Braunschweig-Süd) zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Saarbrückener Straße, Pilotprojekt: Fahrradpiktogramme zur Verdeutlichung des Mischverkehrs

23-20935

Stadtbaudirektor Leuer führt in die Vorlage 23-20935 ein.

Bürgermitglied Dr. Schröter regt an, mindestens ein Piktogramm auch zwischen den Einmündungen/Kreuzungen zu wiederholen. Er verweist auf den Ratsbeschluss vom 16.12.21 (Antrag 21-15136-01), wonach u.a. die Saarbrückener Straße als Fahrradstraße ausgewiesen und notwendige verkehrliche Ertüchtigungen vorgenommen werden sollen. Er bittet die Verwaltung hierzu um eine Einordnung im Kontext der Vorlage 23-20935.

Stadtbaudirektor Leuer sagt eine Klärung zu.

Ratsherr Knurr beantragt, die Beschlussfassung über die Vorlage 23-20935 bis zur vorgenannten Klärung zurückzustellen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt zunächst über den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellen der Vorlage 23-20935 abstimmen. Nachdem sie festgestellt hat, dass dieser Antrag abgelehnt wird, lässt sie über die Vorlage 23-20935 abstimmen.

Protokollnotiz: *Vorrangig soll der beschlossene Fahrradstraßenstandard im Rahmen der finanziellen und personellen Kapazitäten in bereits ausgewiesenen Fahrradstraßen umgesetzt werden. Im Weiteren wird dann die Ausweisung weiterer potenzieller Fahrradstraßen, u.a. die im beschlossenen Ratsantrag 21-15136 genannte Ernst-Amme-Straße, Julius-Konegen-Straße, Friedlandweg Saarbrückener Straße/Sudetenstraße sukzessive geprüft.*

Beschluss zu Beschlussvorlage 23-20935:

Im Rahmen eines Pilotprojektes auf der Saarbrückener Straße (Saarstraße bis Aussigstraße) werden, zur Verdeutlichung des Mischverkehrs, Fahrradpiktogramme entsprechend der beifügten Planung auf der Fahrbahn aufgebracht.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Zurückstellen:

dafür: 0 dagegen: 9 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis zu Beschlussvorlage 23-20935:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Eckpunktepapier zur Realisierung eines städtischen Fahrradverleihsystems 23-21321

Frau Dr. Bruns stellt die Vorlage 23-21321 vor.

Nach Auffassung von Ratsherr Tegethoff erscheint es zielführender, in der Ausschreibung die Anbindung der Stationen bspw. an die Haltstellen des ÖPNV und auch die Mindestanzahl festzuschreiben, um die Erstellung eines aus Sicht eines kommerziellen Anbieters attraktiven Netzes zu verhindern, das aber am Bedarf vorbeigeht.

Frau Dr. Bruns sagt zu, diese Anregungen bei der Finalisierung der Leistungsbeschreibung zu berücksichtigen.

Ratsherr Kühn regt an, bei der Leistungsbeschreibung auch die Hotels in Braunschweig in das System einzubinden. Auf seine Nachfrage im Kontext des sog. „Wildparkens“ von E-Scootern erläutert Frau Dr. Bruns, dass ein Wildparken ausgeschlossen wird, sofern ausschließlich virtuelle Stationen umgesetzt werden. Bei Flexzonen wäre es hingegen möglich, das Fahrrad entlang eines Straßenzugs abzustellen. Im Bereich der Innenstadt werden wie bei E-Scootern jedoch ausschließlich Stationen vorgesehen.

Ratsfrau Kluth informiert über die von Herrn Demirbas im Vorfeld der Sitzung vorgetragene Erwartung hinsichtlich verbindlich vorgegebener Abstellzonen analog zum Geofencing bei E-Scootern, die nicht nur in der Innenstadt, sondern für das gesamte Stadtgebiet gelten sollen, um die potenzielle Unfallgefahr für Nichtsehende hinreichend zu berücksichtigen.

Ratsfrau Jalyschko zeigt sich enttäuscht über die Vorlage. Sie ist überzeugt, dass ein Fahrradverleihsystem eine sehr gute Ergänzung für die Braunschweiger Mobilitätslandschaft sein kann, aber nur gelingt, wenn dadurch Bedarfe abgedeckt werden können und sich in die bestehende Angebotslandschaft integriert. Der avisierte Preis (1 Euro/15 Minuten) ist aus ihrer Sicht viel zu hoch und im Vergleich zu Car-Sharing und E-Scootern nicht konkurrenzfähig. Die Art des Angebots bezeichnet Ratsfrau Jalyschko als stark ausbaufähig, da Lastenfahrräder und Pedelecs keine ausreichende Berücksichtigung gefunden haben. Bezogen auf die Anmerkung von Ratsherr Tegethoff zeigt auch sie sich skeptisch, ob eine Anbindung an den

ÖPNV gelingen kann, wenn entsprechende Vorgaben schwammig gehalten werden.

Frau Dr. Bruns vollzieht Kritik und Erwartungen von Ratsfrau Jalyschko nach. Sie gibt jedoch zu bedenken, dass das vorhandene Budget und die aktuellen Preisseigerungen es nach Einschätzung der Büros nicht ermöglichen, stadtweit Pedelecs und Lasterfahrräder zu berücksichtigen. Frau Dr. Bruns kündigt an, die Anmerkungen von Ratsfrau Jalyschko für die weiteren Gespräche zur Finalisierung der Leistungsbeschreibung aufzunehmen.

Bürgermitglied Schroth unterstreicht die Bedeutung von Preis-/Leistungsverhältnis und Wertigkeit der Leihfahrräder für die Auslastung des Fahrradverleihsystems. Aus ihrer Sicht sollten feste Stationen eine Lösung für den extrem engen Verkehrsraum in Braunschweig sein. Störend abgestellte E-Scooter werden nach ihrer Beobachtung nicht nach ein oder zwei Tagen umgesetzt, sondern stehen teilweise auch nach einer Woche noch als Hindernis für Sehbehinderte oder in ihrer Mobilität eingeschränkte Personen im Verkehrsraum.

Ratsherr Dr. Plinke beantragt, die Vorlage 23-21321 zurückzustellen. Bis zu einer Beschlussfassung in einer der nächsten beiden Gremienläufe sollen durch Mitglieder dieses Ausschusses Gespräche mit der beauftragten Beratungsgesellschaft geführt und mögliche Optimierungen zur Realisierung eines städtischen Fahrradverleihsystems abgestimmt werden.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zurückstellen der Vorlage 23-21321 abstimmen.

Beschluss:

„Das als Anlage beigefügte Eckpunktepapier wird als Grundlage für die angestrebte Ausschreibung eines städtischen Fahrradverleihsystems beschlossen.“

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Zurückstellen:

dafür: 7 dagegen: 2 Enthaltungen: 0

11. Anfragen

11.1. Ausweitung und Verdichtung der Parkzonen für E-Scooter

23-21328

11.1.1.Ausweitung und Verdichtung der Parkzonen für E-Scooter

23-21328-01

Frau Fricke beantwortet die Anfrage 23-21328 mit der Stellungnahme 23-21328-01.

Zu den Nachfragen von Ratsherr Tegethoff informiert Frau Fricke, dass die Stellungnahme 23-21328-01 allen Stadtbezirksräten zur Kenntnis gegeben wurde. Da auf Anbieterseite zurzeit keine Kapazitäten vorhanden sind, der Verwaltung in der notwendigen Ausführlichkeit zuzuarbeiten, sieht die Verwaltung eine Evaluation für Ende des Jahres 2023 vor. Frau Fricke verdeutlicht nochmals, dass für die Verwaltung keine Möglichkeit besteht, die Verleihunternehmen zur Einrichtung von Stationen zu verpflichten.

Protokollnotiz: Die Stellungnahme 23-21328-01 wurde den Stadtbezirksräten mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen 23-21578 zur Kenntnis gegeben.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 23-21328-01 wird zur Kenntnis genommen.

11.2. Mündliche Anfragen

11.2.1

Bürgermitglied Schroth begrüßt die Ausweitung der Rotmarkierungen von Radfahrerschutzstreifen. Teilweise ist die Färbung nach ihrer Beobachtung (z. B. Am Theater) jedoch bereits abgefahren. Sie fragt, ob der Verwaltung dieses Qualitätsproblem bekannt ist und die betroffenen Stellen nachgebessert werden.

Herr Gerstenberg erläutert, dass Am Theater nur eine rote Farbe auf dem Radfahrerschutz-

streifen aufgebracht wurde, da in diesem Bereich perspektivisch verkehrliche Umplanungen vorgesehen sind, weshalb die wirtschaftlich günstigere Ausführung mit Farbe gewählt wurde. Den Zustand der Einfärbung Am Theater wird die Verwaltung überprüfen.

11.2.2

Ratsfrau Kluth erneuert unter Hinweis auf eine Veranstaltung auf dem Anna-Amalia-Platz ihren Appell, Kabelbrücken bei Veranstaltungen barrierearm, möglichst aber barrierefrei auszuführen.

Stadtbaurat Leuer sagt zu, dem Hinweis nachzugehen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:14 Uhr.

gez. Kluth Kluth - Vorsitz -	gez. Leuer Leuer - Stadtbaurat -	gez. Herlitschke Herlitschke - Stadtrat -	gez. Ender Ender - Schriftführung -
------------------------------------	--	---	---